

(Vizepräsident Spitz.)

- (A) „Das Schlimmste (das wahrhaft Perniziöse) wieder auf einem anderen Gebiet liegt in der Preisgabe direkter Steuern an ein Parlament, das wie der deutsche Reichstag schon jetzt unter der Herrschaft der Masse steht. Wenn die Besitzlosen, mögen es Arbeiter, Proletarier sein oder die sogenannte Intelligenz, in einem Parlament das jetzt allgemeinen gleichen Wahlrechts über das Portemonnaie der Besitzenden souverän zu verfügen haben, und wenn eine schwache Regierung dem milde zuschaut, dann sind wir schon mitten drin im sozialistischen Zukunftsstaat.“

Das geht in der Weise weiter. Ich möchte Ihre Geduld nicht ermüden. Aber interessant ist diese Lektüre für die Nationalliberalen. Sie werden sich auch hieraus überzeugen, daß die abfällige Beurteilung einer derartigen Steuer in Ihren eigenen Kreisen und von Ihnen ausgehend die denkbar schärfste ist. Da gestatten Sie mir nun die bescheidene Frage, woher Ihre Entrüstung über die Ablehnung der von Ihnen selbst als perniziös erkannten Steuer kommt. Ich bitte doch, mir zugeben zu wollen, daß es mindestens von konservativer Seite und von Seiten der Regierung berechtigt ist, wenn sie Bedenken tragen, einer derartigen Steuer ihre Zustimmung zu geben, wenn Sie davon ausgehen, daß in der Tat eine solche Steuer nicht nur in bezug auf Gerechtigkeit viel zu wünschen übrigläßt, sondern in bezug auf ihre Wirkung, die sie auf die Selbständigkeit der Einzelstaaten ausüben muß, ganz unabsehbare Folgen in Begleitschaft haben muß.

- (B) Nun, meine Herren, ist es nicht ganz uninteressant, auch zu der Erbanfallsteuer, die von verschiedenen Seiten in die Debatte gezogen worden ist, einige Worte zu hören. Ich werde mich enthalten, auf diesem Gebiete in Einzelheiten einzugehen. Es würde mir sehr leicht sein und außerordentlich naheliegen, die Bedenken zu widerlegen, die gerade gegen die Erbanfallsteuer erhoben worden sind. Ich könnte das vom Standpunkte eines sächsischen Konservativen aus um so leichter und unbefangener tun, als Ihnen ja bekannt sein wird, daß die sächsischen Konservativen in der Hauptsache auf dem Standpunkte stehen, daß die Erbanfallsteuer nicht die Bedeutung besitzt, als daß aus ihrer Annahme so schwerwiegende Folgen gezogen werden müßten, wie sie gezogen worden sind. Wir von sächsischer Seite betrachten die Frage der Erbanfallsteuer mit durchaus kaltem Blute und durchaus objektiv.

(Abgeordneter Nitzsche (Leuzsch): Aber nicht so laut sagen!)

Nun ist vorhin ein sehr warmer und mir sympathischer Appell von dem Herrn Vorredner Hettner ausgegangen in bezug auf die Vermögenssteuer —, und hier schenke ich seinen Worten durchaus Glauben, denn sie erinnern an die besten nationalliberalen Zeiten, wenn er versichert

hat, daß es sich bei der Bewilligung für die Wehrmacht (C) und deren Erhöhung tatsächlich um das Wohl und Wehe des gesamten Reiches und aller Einzelstaaten gehandelt hat. Da darf ich nun die bescheidene Anfrage stellen: Hat der Fall nicht bei der Reichsfinanzreform 1909 genau so gelegen, noch viel schlimmer insofern, als damals das Reich nicht einmal imstande war, ohne Anleihen die Beamten des Reiches zu bezahlen, zu der Zeit, wo bereits die furchtbaren Wolken des orientalischen Krieges am Horizonte standen? Da konnte man doch wahrlich, selbst angenommen, daß man die Erbanfallsteuer in Grund und Boden verurteilt, nicht der 50 Millionen wegen, um die es sich handelte, die 500 Millionen verweigern, die unbedingt nötig waren, um die schlimmste Bloßstellung des Deutschen Reiches und dessen äußerste Gefährdung abzuhalten. Statt dessen war der Dank an diejenigen, die in dieser gefahrvollsten Zeit dem Reiche die Einnahme von 500 Millionen zur Stärkung der Wehrmacht bewilligten, eine Kritik an der konservativen Partei, wie sie schonungslos und schärfer in der Geschichte der Parteien überhaupt noch nicht dagewesen ist. Auch hier wage ich nicht, den Vorwurf zu machen, daß Sie bei den schweren Angriffen gegen die konservative Partei vielleicht wider besseres Wissen gehandelt haben.

Aber ich kann Ihnen folgende Auslassung aus den Kreisen der eigenen Partei wohl vorhalten, das ist eine (D) Äußerung des linksliberalen Programms.

(Abgeordneter Nitzsche (Leuzsch): Woher?)

Das ist die jungliberale „Mainbrücke“, ich kenne sie natürlich nicht.

(Zuruf: Das würde gar nichts schaden!)

Da wird folgendes gesagt:

„Bei früheren Erfolgen hatten wir als zugkräftiges Agitationsmittel die Ablehnung der Erbschaftsteuer, die wir mit einer nur im Wahlkampf erlaubten, nicht mehr durchaus wahrhaften Übertreibung den Konservativen gegenüber ausbeuteten. Mit dieser Übertreibung blufften wir die in jenen Gegenden noch weniger gewitzigten Wähler. Das muß man ehrlicherweise doch einmal zugestehen. Diese Zeit ist vorbei. Mittlerweile haben die Leute da oben eingesehen, daß die Konservativen doch nicht die Schwerverbrecher sind, als die sie von ihren Gegnern vorgestellt werden.“

Auch diese Äußerung, die ich mir als Konservativer zu tun nie erlaubt hätte und die getan worden ist in einem Ihnen zugehörigen liberalen Blatte, ist doch auf das äußerste bezeichnend und erspart mir jedes Wort hinzuzufügen.

Meine Herren! Nun komme ich noch auf einige weitere Punkte mit einigen Worten zu sprechen. Da ist zunächst